



Gesellschaft für
bedrohte Völker



Presseerklärung zur Verleihung des CSR-Preises 2025 der Bundesregierung

Kein Nachhaltigkeitspreis für EnBW!

Anlässlich der CSR-Preisverleihung der Bundesregierung am 3. April 2025 kritisieren zivilgesellschaftliche Organisationen die Nominierung des Energiekonzerns EnBW.

Aachen, Bogotá, Köln, 27. März 2025 | Am 3. April vergibt die Bundesregierung ihren jährlichen „Corporate Social Responsibility“-Preis (CSR-Preis) – unter anderem für vorbildliche Geschäftspraktiken und den Schutz von Klima und Umwelt. In der Kategorie „konstruktive Stakeholder-Einbindung“ ist dafür auch EnBW nominiert. Das Energie-Unternehmen im Besitz von Land und Kommunen aus Baden-Württemberg verbrennt seit Jahren Steinkohle aus kolumbianischen Tagebauen. Deren Betreiber, die multinationalen Konzerne Glencore, Drummond und CNR, sind für eine Vielzahl von Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung verantwortlich.

„Gemeinden in Kolumbien prangern seit Jahrzehnten an, dass Kritiker*innen des Steinkohle-Bergbaus immer wieder bedroht und angegriffen werden. Einige wurden sogar ermordet. Auch Vertreibungen und Landraub, die Verschmutzung von Luft, Gewässern und Böden, Trinkwassermangel und massive Gesundheitsschäden wie Krebs und Atemwegserkrankungen sind im Umfeld aller Tagebaue zu beobachten. Betroffene Gemeinden beklagen den Verlust ihres kulturellen und spirituellen Erbes. Zudem sind die Gesundheitsversorgung und der Schutz der Arbeitsrechte von Minenarbeiter*innen vollkommen unzureichend“, erklärt die kolumbianische Menschenrechtsorganisation CINEP, die seit Langem betroffene Gemeinden unterstützt. „Internationale Konzerne wie EnBW haben diese Schäden ermöglicht, indem sie den Minenbetreibern ihre schmutzige Kohle abkaufen. Bis heute werden die Unternehmen ihrer Verantwortung nicht gerecht. Die Jury sollte daher genau überlegen, ob sie EnBW wirklich für vorbildliche Geschäftspraktiken auszeichnen will“, so CINEP weiter.

„Dass ausgerechnet EnBW einen Preis für gutes Lieferkettenmanagement erhalten könnte, ist blanker Hohn für die hunderten indigenen, afrokolumbianischen und kleinbäuerlichen Gemeinden, die seit Jahrzehnten unter dem Steinkohleabbau in den Regionen La Guajira und Cesar leiden. Wir fordern die Unternehmensführung von EnBW auf, endlich Transparenz herzustellen, ob und wie sie den zahlreichen Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden nachgegangen ist, ob mit Betroffenen gesprochen wurde und was EnBW gegen die Vorwürfe unternommen hat“, sagt Johannes Henkel, Kolumbien-Referent bei Misereor.

„EnBW will 2028 aus der Kohleverstromung aussteigen. Es ist dringend geboten, dass das Unternehmen offenlegt, wie es dazu beitragen will, die in Kolumbien durch den Kohlebergbau verursachten Schäden wiedergutzumachen – insbesondere auch mit Blick auf die bevorstehende Schließung von Steinkohletagebauen“, fordert Tilman Massa, Co-Geschäftsführer beim Dachverband der Kritischen Aktionär*innen. Im Gegensatz zu anderen Unternehmen schließt EnBW in seiner Strategie wie etwa dem „Green Financing Framework“ die Lieferkette nicht in das Konzept eines „gerechten Übergangs“ beim Kohleausstieg mit ein.

Hintergrund

Deutschland hat seit 2004 über 110 Mio. Tonnen Steinkohle aus Kolumbien importiert, 2024 waren es noch immer 13 Prozent aller Importe (2,9 Mio. Tonnen). Abgebaut wird die Kohle vor allem durch Glencore im größten Steinkohle-Tagebau Lateinamerikas Cerrejón im nördlichen Department La Guajira sowie in mehreren Tagebauen im Departement Cesar durch den US-Konzern Drummond, das Investoren-Konsortium CNR und die Glencore-Tochter Prodeco. Neben EnBW kauften zuletzt auch Uniper und Steag weiter kolumbianische Steinkohle.

Immer wieder berichten betroffene Gemeinden, Menschenrechtsorganisationen, die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte, die UN und die kolumbianische Wahrheitskommission von massiven Menschenrechtsverstößen und Umweltschäden durch die Kohleunternehmen. Kolumbianische Gerichte haben in über 15 Urteilen bis hin zum Verfassungsgericht viele Vorwürfe bestätigt und Abhilfe-Maßnahmen angeordnet, die die Kohleproduzenten jedoch bis heute nicht oder nur mangelhaft umsetzen.

Drummond ist von der Generalstaatsanwaltschaft Kolumbiens angeklagt, paramilitärische Gruppen finanziert zu haben, die im Jahr 2001 vier Kohlegewerkschafter ermordeten. Die Gruppen werden zudem für tausende Morde und zehntausende Vertreibungen in Cesar verantwortlich gemacht. Glencore-Prodeco wiederum wurde erst im Februar durch das Verfassungsgericht Kolumbiens verurteilt, weil das Unternehmen Gemeinden und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft bisher nicht wirksam an der Erarbeitung von Schließungsplänen für seine Minen La Jagua de Ibérico und Calenturitas beteiligt hat (Urteil T-029 von 2025). Und in La Guajira stellte das Verfassungsgericht unter anderem fest, dass Glencore das Konsultationsrecht indigener und afrokolumbianischer Gemeinden nicht eingehalten (Urteil T-704 von 2016), zwangsumgesiedelte Gemeinden nicht angemessen entschädigt hat (Urteile T-329 von 2017 und T-256 von 2015) und mit der Umleitung des Bruno-Flusses zur Tagebau-Erweiterung massiv Mensch und Umwelt schadet (Urteil SU-698 von 2017).

EnBW hat Steinkohle sowohl von Cerrejón als auch von Drummond bezogen. Laut Geschäftsbericht EnBWs war Kolumbien 2023 mit 1,1 Millionen Tonnen mit Abstand das wichtigste Bezugsland. Wie viel Kohle das Unternehmen in welchem Zeitraum aus welcher Mine bezogen hat, legt EnBW nicht offen.

Die Presseerklärung tragen: *Action pro Colombia, ask! – Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Bischöfliches Hilfswerk Misereor, Censat Agua Viva, Centro de Investigación y Educación Popular / Programa por la Paz (Cinep/PPP), Corporación Colectivo de Abogadxs José Alvear Restrepo (CCAJAR), Dachverband Kritische Aktionärinnen und Aktionäre, FIAN Deutschland, Gesellschaft für bedrohte Völker, Kampagne #FreeBruno, kolko – Menschenrechte für Kolumbien e. V., PAX, pax christi – Deutsche Sektion e.V., Urgewald.*

Kontakt:

Tilman Massa (Dachverband Kritische Aktionär*innen): dachverband@kritischeaktionare.de, Tel.: +49 (0)221 599 56 47

Johannes Henkel (Misereor): Tel.: +49 (0)241 442 241

Matthias Schreiber (kolko – Menschenrechte für Kolumbien e. V.): mail@kolko.net, Tel.: +49 (0)30 42 80 91 07

weitere Informationen:

Misereor, PAX und Urgewald (2019): *EnBW-Report on “Buying Coal from Colombia – Taking stock of 6 years of engagement 2012–2018” published in July 2019. Comments by MISEREOR, PAX and Urgewald.* Online verfügbar: https://www.urgewald.org/sites/default/files/Annex%20EnBW%20PAX_urgewald_Misereor.pdf

Factsheet der Deutschen Menschenrechtskoordination Kolumbien, MRKK (2022): *Steinkohle aus Kolumbien. Deutsche Energiesicherheit auf Kosten von Mensch, Umwelt und Klima in den Abbauregionen?* Online verfügbar: https://www.kolko.net/wp-content/uploads/2022/10/MRKK_2022-10_factsheet_Kolumbien_Steinkohle_WEB.pdf

Censat Agua Viva und Cinep (2023): *Does Cerrejón always win? Between corporate impunity for human rights violations and the search for comprehensive reparation in times of transition.* Online verfügbar: <https://censat.org/wp-content/uploads/2023/11/Informe-Cerrejon-Ingles-Final.pdf>